



HESSISCHER LANDTAG

18. 06. 2024

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Nie wieder ist jetzt – kein Antisemitismus an hessischen Hochschulen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt Antisemitismus jeder Form und sieht darin einen Angriff auf alle Jüdinnen und Juden. Antisemitismus ist mit den Werten des Grundgesetzes nicht vereinbar, gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die freie Gesellschaft. Alle Institutionen des Landes, insbesondere die Hochschulen, sind daher aufgefordert, entschieden gegen Antisemitismus einzutreten.
2. Der Landtag betrachtet mit Sorge die aktuell an Hochschulen aufkeimenden antisemitischen Aktionen und Äußerungen. Der Landtag stellt fest, dass Hochschulen zwar Orte maximaler Freiheit sind, aber keine rechtsfreien Räume. Der Landtag spricht sich daher für eine „Null-Toleranz-Strategie“ gegen Antisemitismus an Hochschulen aus.
3. Der Landtag spricht sich dafür aus, dass die neugeschaffene Geschäftsstelle des Antisemitismusbeauftragten einen Schwerpunkt auf Antisemitismus in Schulen und Hochschulen legt und dem Landtag einmal jährlich dazu im Plenum berichtet.
4. Der Landtag appelliert an die Hochschulleitungen, bei antisemitischen Verhaltensweisen konsequent einzuschreiten. Antisemitische Äußerungen und Handlungen durch Angehörige der Hochschule sind zu prüfen und zur Anzeige zu bringen. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Hochschulleitungen dabei Unterstützung zu leisten.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, gemeinsam mit den Hochschulen dafür zu sorgen, dass Module zum Antisemitismus angeboten werden. Diese sollen eine Intensivierung der Aufklärung an Hochschulen über den Nahostkonflikt und seine aktuellen Ausprägungen zur Entkräftung von Falschinformationen und antisemitischen Narrativen beinhalten.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sicherzustellen, dass an hessischen Hochschulen antisemitische Bewegungen und Redner konsequent und dauerhaft von Veranstaltungen der Hochschule ausgeschlossen werden. Zugleich fordert der Landtag die Landesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass Veranstaltungen, deren inhaltliche Ausrichtung auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, durchgeführt werden können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 18. Juni 2024

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas